Stand und Herausforderungen der Klima- und Energiepolitik Südkoreas

Hyun-woo Kim

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

Inhaltsverzeichnis

1. Hintergrund der aktuellen Klima- und Energiepolitik Südkoreas 2

1.1. Überblick über die Geschichte der Klima- und Energiepolitik Südkoreas 2

1.2. Stand und Bedingungen der Treibhausgasemissionen Südkoreas 2

1.3. Erstellung der CO_2-Neutralitäts-Szenarien 2050 3

2. Die Regierung von Yoon Suk-yeol und Änderungen in der Klima- und Energiepolitik 5

2.1. Klima- und Energiepolitik in der 20. Präsidentschaftswahl 5

2.2. Abkehr vom Atomausstieg, angepasste Geschwindigkeit bei der Ausweitung von erneuerbaren Energien 6

2.3. Start der zweiten Kommission für CO_2-Neutralität 6

3. Probleme und Kontroversen der südkoreanischen Klima- und Energiepolitik 7

3.1. Kontroverse über K-Taxonomie 7

3.2. Protestschreiben der RE100 8

3.3. Gerechter Übergang (Just transition) 8

3.4. Weitere voraussichtliche Streitpunkte 8

4. Fragen und Antworten zur Klima- und Energiepolitik Südkoreas 9

4.1. Wie wird Klima-, Energie- und Umweltpolitik in Südkorea formuliert und implementiert? Wer ist dafür verantwortlich und wer sind die Hauptakteure? 9

4.2. Wie beteiligen sich Lobbygruppen oder relevante Interessengruppen an der Politikformulierung? Wie versuchen sie, Einfluss auszuüben? 10

4.3. Welche Rolle spielen Zivilgesellschaft und Gewerkschaften in der Klima- und Energiepolitik? Welche Positionen vertreten sie? 10

4.4. Welche Bedeutung hat ein „gerechter Übergang" (just transition) in der Klima-, Energie- und Umweltpolitik in Südkorea? 10

5. Einstellung der Bürger/innen und Unternehmen 11

6. Kurzer Vergleich mit Deutschland 12

<Literaturverzeichnis> 13

1. Hintergrund der aktuellen Klima- und Energiepolitik Südkoreas

1.1. Überblick über die Geschichte der Klima- und Energiepolitik Südkoreas

Die südkoreanische Regierung begann unter der Regierung Lee Myung-bak, welche 2007 an die Macht kam, ernsthaft auf den Klimawandel zu reagieren. Diese Regierung verkündete von Beginn an eine „Politik des grünen Wachstums" und warb auf der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 (COP15) aktiv damit. Diese Politik wurde jedoch nicht mit der Erlassung von Rechtsvorschriften oder konkreten energiepolitischen Maßnahmen verknüpft, die die Treibhausgasemissionen wirksam hätten reduzieren können. Vielmehr konzentrierte sich die Politik des grünen Wachstums auf das so genannte „Vier-Flüsse-Projekt", das große Umweltschäden mit sich brachte, und auch die Treibhausgasemissionen Südkoreas stiegen weiter an.

Die Treibhausgasemissionen hängen vor allem von der Energiepolitik ab, aber in Korea wird die Energiepolitik eher von anderen Faktoren als dem Klimawandel beeinflusst. Der Unfall im japanischen Atomkraftwerk Fukushima im Jahr 2011 machte eine Überprüfung der Energiepolitik Südkoreas notwendig, denn die Stromerzeugung aus Atomenergie machte in ihr einen relativ hohen Anteil aus. Aktuell sind in Südkorea 25 Reaktorblöcke in Betrieb, und etwa 30 % des Stroms wird in Atomkraftwerken erzeugt.

Die Regierung unter Präsident Moon Jae-in (2017-2022) beschloss, alte Kohlekraftwerke vorzeitig abzuschalten. Dies war allerdings eher als Maßnahme zur Reduzierung des Feinstaubs zu verstehen, der den Koreanern bei Moons Amtsantritt 2017 aus gesundheitlicher Sicht große Sorgen bereitete, und weniger als eine Reaktion auf den Klimawandel. Im Oktober desselben Jahres stoß die Regierung Moon Jae-ins eine öffentliche Debatte darüber an, ob die im Bau befindlichen Reaktorblöcke Shin Kori 5 und 6 fertiggestellt werden sollten. Infolgedessen wurde eine Roadmap für die Energiewende (Atomausstieg) angekündigt. Pläne zum Bau neuer Reaktorblöcke über die Blöcke Shin Kori 5 und 6 hinaus wurden gestrichen, der alte Reaktorblock Wolseong 1 sollte frühzeitig stillgelegt werden, der Anteil von erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis 2030 von 7 % auf 20 % erhöht und Maßnahmen zum Ausgleich der Schäden für die dadurch betroffene lokale Industrie entwickelt werden. Aber selbst nach dieser Roadmap hätte die Stromerzeugung aus Atomenergie bis Ende der 2080er Jahre angedauert, wenn die Reaktorblöcke Shin Kori 5 und 6 nach ihrer Fertigstellung bis zum Ende der geplanten Lebensdauer betrieben worden wären. Daher war mit einem sehr langsamen Atomausstieg zu rechnen.

Unter der Regierung von Moon Jae-in entfachte sich zwischen Konservativen und Progressiven (also zwischen Gruppen, die gegen und für die Regierung waren) ein heftiger Streit um den Atomausstieg und die Energiewende. Gleichzeitig wurden in der Entwicklung eines wirkungsvollen Energiemixes oder detaillierter Richtlinien keine Fortschritte verzeichnet. In der Zivilgesellschaft wurden landesweite Solidaritätsorganisationen wie die Initiative *Korea Climate Crisis Emergency Action* gegründet, welche Aktionen zum Klimaschutz durchführten. Damit sollte die trotz dem Bekenntnis der Regierung Moon Jae-in zur CO_2-Neutralität immer noch schwache politische Reaktion und das geringe öffentliche Bewusstsein überwunden werden.

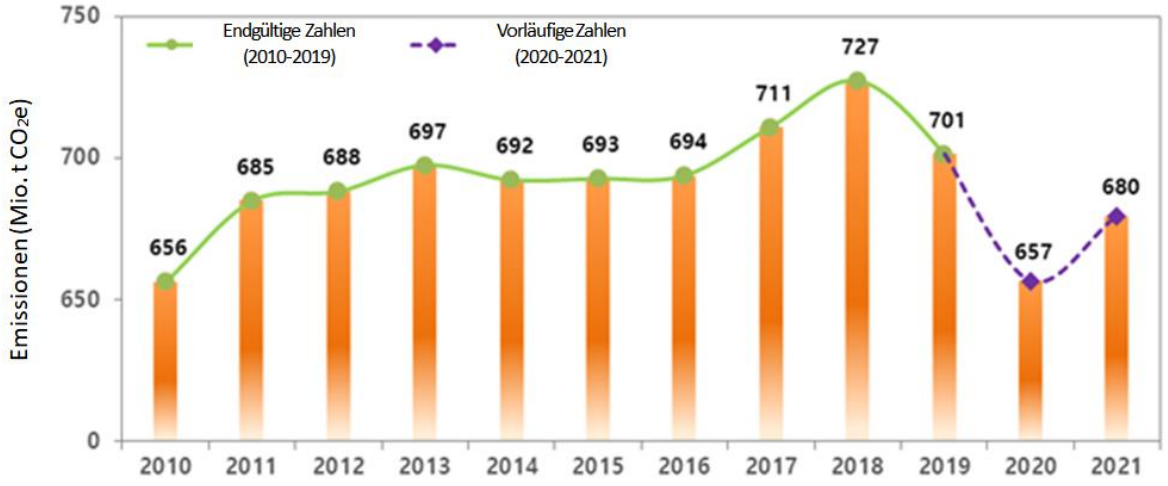
1.2. Stand und Bedingungen der Treibhausgasemissionen Südkoreas

Südkorea zählt zu den weltweit größten Emittenten von Treibhausgasen. Laut dem *Global Carbon Project (GCP)*, einem internationalen Zusammenschluss von Wissenschaftler*innen, stieß das Land im Jahr 2019 611 Millionen Tonnen Treibhausgase aus und rangierte somit weltweit auf Platz 9. Im Vergleich zu Platz 8 im Jahr 2018, als die Emissionen ihren Höhepunkt erreichten, war dies ein Platz niedriger. 2020 wurde ein weiterer Rückgang um 7,3 % verzeichnet, der allerdings eher auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und den relativ kühlen Sommer als auf die Bemühungen der Regierung zur Bekämpfung des Klimawandels zurückzuführen war. Nach vorläufigen Angaben des *Greenhouse Gas Inventory and Research Center of Korea (GIR)* betrugen die Treibhausgasemissionen des Landes im Jahr 2021 jedoch 679,6 Millionen Tonnen, was im Vergleich zu 2020 einen Anstieg von 23 Millionen Tonnen (3,5 %) bedeutete und durch die wieder zunehmende Mobilität und Industrieproduktion nach dem Stillstand durch die Corona-Pandemie bedingt war.

Im Juni 2015 legte Südkorea seine nationalen Klimabeiträge (NDC - Nationally Determined Contributions) für 2030 fest: bis 2030 sollten 37 % im Vergleich zum „Business-as-usual"-Szenario (851 Millionen Tonnen) reduziert werden. Im Oktober 2020 wurde dann als Folgemaßnahme von Präsident Moon Jae-ins Erklärung, bis 2050 CO_2-neutral werden zu wollen, die Anhebung der nationalen Klimabeiträge angekündigt. Die neu festgelegten und der UN vorgelegten Beiträge sehen für 2030 40 % weniger Emissionen (436 Millionen Tonnen) als 2018 (dem Spitzenjahr der Treibhausgasemissionen) vor.

Bei Betrachtung des jüngsten Emissionsstandes ist festzustellen, dass Südkorea im Vergleich zum internationalen Durchschnitt eine niedrigere Anstiegsrate der Emissionen aufweist und auch die Emissionen pro BIP-Einheit leicht zurückgegangen sind. Dennoch erscheint es immer schwieriger, die nationalen Klimabeiträge zu erreichen. Darüber hinaus würde Korea im Jahr 2030 nach Analysen des *Institute for Climate Change Action* selbst bei Erfüllung seiner nationalen Klimabeiträge der größte pro-Kopf-CO_2-Emittent unter den zehn Ländern mit dem größten BIP sein. Da in den letzten 50 Jahren die gesamten Treibhausgasemissionen und der Energieverbrauch in Korea kontinuierlich und stark gestiegen sind, besteht also noch keine Aussicht auf eine signifikante Trendwende.

Die hohen Pro-Kopf-Treibhausgasemissionen Südkoreas sind eher auf die Industriestruktur zurückzuführen, die stark auf das verarbeitende Gewerbe sowie den Export ausgerichtet ist, als auf Konsum und Lebensstil der Einzelnen. Die Industriestruktur konzentriert sich auf energieintensive verarbeitende Gewerbe wie die Stahl-, Petrochemie- und Automobilindustrie. Daher ist es tatsächlich nicht einfach, die Menge der Treibhausgasemissionen in kurzer Zeit systematisch zu verändern.



[Bild 1] Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Südkorea (Quelle: *Greenhouse Gas Inventory and Research Center of Korea (GIR)*)

1.3. Erstellung der CO_2-Neutralitäts-Szenarien 2050

Wie andere Länder auch war Südkorea von der COVID-19-Pandemie betroffen, die sich ab Beginn des Jahres 2020 weltweit ausbreitete. Die Regierung stand vor einer doppelten Herausforderung: der Überwindung der Pandemie und der Reaktion auf die Klimakrise. Präsident Moon Jae-in stellte daraufhin einen Entwurf für den Wandel von einer kohlenstoffabhängigen zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft sowie von einer ungleichen zu einer inklusiven Gesellschaft vor: dem bestehenden „Digital New Deal" sollte der „Green New Deal" hinzugefügt und das soziale Sicherheitsnetz gestärkt werden. Dieser umfassende „Korean New Deal" wurde mit dem Ziel angekündigt, bis 2025 insgesamt 160 Billionen Won (ca. 115 Mrd. Euro) in Wirtschaftsprojekte zu investieren und somit 1,9 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das Budget für den „Green New Deal" machte davon 73 Billionen Won (ca. 53 Mrd. Euro) aus. Die Kerninhalte des „Green New Deals" sind der Ausbau grüner Mobilität, Innovationen in grüne Industrien, der Ausbau erneuerbarer Energien und der Umbau öffentlicher Einrichtungen zu Nullenergiegebäuden.

Etwa zur gleichen Zeit kündigte die koreanische Regierung im Einklang mit der internationalen Gemeinschaft an, sich dem Ziel der CO_2-Neutralität anzuschließen. Präsident Moon rief in einer Rede vor der koreanischen Nationalversammlung am 28. Oktober 2020 das Ziel „CO_2-Neutralität 2050" aus. Anschließend wurden in einer Kabinettssitzung zum Jahresende langfristige Strategien für eine hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarme Entwicklung (LEDS) für 2050 festgelegt.

Eine wichtige Entwicklung in der aktuellen südkoreanischen Politik zur Reduzierung von Treibhausgasen ist die Gründung der „Kommission für CO_2-Neutralität (*Carbon Neutrality Commission*)". Ende Mai 2021, direkt vor dem P4G-Gipfel (P4G: Partnerschaft für grünes Wachstum und globale Ziele 2030*)*, gab die südkoreanische Regierung bekannt, eine dem Präsidenten direkt unterstellte Kommission für CO_2-Neutralität ins Leben zu rufen. Um den Aktivitäten dieser Kommission und der Politik der CO_2-Neutralität eine rechtliche Basis zu geben, verabschiedete die koreanische Nationalversammlung im August 2021 das „Rahmengesetz zu CO_2-Neutralität und grünem Wachstum (*Basic Law on Carbon Neutrality and Green Growth*)". Im Oktober 2021 legte die Kommission Szenarien zur Erreichung der CO_2-Neutralität fest.

An dem ersten Entwurf der Kommission für CO_2-Neutralitäts-Szenarien 2050 wurde kritisiert, dass in den Plänen das Weiterbestehen von Kohle- und Atomkraftwerken bis 2050 vorausgesetzt und so keine wesentliche Reduzierung ermöglicht werde. Letzten Endes wurden zwei Szenarien zur Realisierung der CO_2-Neutralität verabschiedet (Szenario A und B, siehe Tabelle 1). Allerdings beinhalten sie noch ungelöste Probleme bezüglich der bislang nicht ausgereiften Senkentechnologie und der Frage, inwieweit die Nutzung von Wasserstoffenergie möglich und wirtschaftlich ist. Gegen diese finalen Szenarien gab es von Seiten der Industrie erhebliche Widerstände aufgrund der hohen Belastung, während sie von der Zivilgesellschaft wegen unzureichender Ziele und Mittel kritisiert wurden.

CO_2-Neutralitäts-Szenarien 2050

Typ	Sektor	2018	Endergebnis (2050)		Bemerkungen
			Szenario A	Szenario B	
Emissionsmenge		686,3	0	0	
Emissionen	Energiewende	269,6	0	20,7	(Szenario A) Komplette Einstellung der thermischen Stromerzeugung (Szenario B) Teilweise thermische Stromerzeugung mit verflüssigtem Erdgas (LNG)
	Industrie	260,5	51,1	51,1	
	Gebäude	52,1	6,2	6,2	
	Verkehr	98,1	2,8	9,2	(Szenario A) Vollständige Umstellung auf Elektrofahrzeuge, Wasserstofffahrzeuge usw. im Straßenbereich (Szenario B) Nutzung alternativer Kraftstoffe (E-Kraftstoff u.a.) für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor im Straßenbereich

Typ	Sektor	2018	Endergebnis (2050)		Bemerkungen
			Szenario A	Szenario B	
	Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei	24,7	15,4	15,4	
	Abfall	17,1	4,4	4,4	
	Wasserstoff	-	,	9	(Szenario A) Nutzung der Elektrolyse für die gesamte heimische Wasserstoffproduktion (grüner Wasserstoff) (Szenario B) Bereitstellung von Wasserstoff, der im Inland teilweise unter Verwendung von Nebenprodukten/extrahiertem Wasserstoff produziert wird
	Flüchtige Gasemissionen	5,6	0,5	1,3	
Absorption und Beseitigung	Kohlenstoffsenken	-41,3	-25,3	-25,3	
	CO_2-Abscheidung, -Verwendung und -Lagerung (CCUS)	-	-55,1	-84,6	
	Direkte Luftabscheidung (DAC)	-	-	-7,4	Vorausgesetzt, dass der abgeschiedene Kohlenstoff als alternativer Kraftstoff für Fahrzeuge verwendet wird

[Tabelle 1] Südkoreas finale CO_2-Neutralitäts-Szenarien 2050 (Quelle: Website der Kommission für CO_2-Neutralität)

2. Die Regierung von Yoon Suk-yeol und Änderungen in der Klima- und Energiepolitik

2.1. Klima- und Energiepolitik in der 20. Präsidentschaftswahl

Der Atomausstieg und die Energiewende Südkoreas wurden hauptsächlich vom persönlichen Willen von Präsident Moon Jae-in vorangetrieben und zeigten strukturelle Schwächen, da es an der kollektiven Unterstützung politischer Kräfte und an institutioneller Unterstützung mangelte. Das führte dazu, dass die politischen Maßnahmen zur Verringerung des Atomstroms, Reduzierung von Treibhausgasemissionen, zum Export von Atomkraftwerken und zur Behandlung von Atommüll nicht aufeinander abgestimmt waren und der Oppositionspartei kontinuierlich Gelegenheit zu Kritik boten. Nach dem Regierungswechsel kam es schließlich zu einem kompletten Kurswechsel beim Atomausstieg.

Es war schwierig, unter den wichtigsten Kandidaten der 20. Präsidentschaftswahl in Südkorea jemanden zu finden, der eine aktive Klimapolitik versprach. Einige Parteien bzw. Kandidaten wie z. B. die *Justice Party* setzen das Thema Klimakrise an erste Stelle ihrer Agenda, für die drei nach Umfragen stärksten Kandidaten war es jedoch nicht ernsthaft Thema. Dennoch wurde die Debatte über den Atomausstieg zu einem großen Streitpunkt. Yoon Suk-yeol, der Kandidat der *People Power Party*, bestand von Anfang an auf den Ausbau der Atomkraftwerke, da durch den Ausstieg aus der Atomenergie CO_2-Neutralität unmöglich geworden sei.

Der Kandidat Ahn Cheol-soo versprach, die Technologieentwicklung für innovative kleine modulare Reaktoren (SMR) als staatliches Projekt zu fördern und nach einer Roadmap bis 2050 einen Energiemix von 35 % Atomenergie + 35 % erneuerbare Energien + 30 % andere Energien zu erreichen. Er wollte sogar das Atomenergie-Abkommen zwischen Südkorea und den USA erneuern, um die Wiederaufbereitung von verbrauchten Atombrennstoffen durch „Pyroprocessing" voranzutreiben.

Im Mittelpunkt der Kontroverse stand insbesondere die Wiederaufnahme des Baus von Shin-Hanul 3 und 4 in Uljin, den die Regierung Moon Jae-in eingestellt hatte. Die Kandidaten Yoon und Ahn bestanden darauf, dass der Kohlenstoffausstoß bis 2030 nur dann um 40 % reduziert werden könne, wenn die offiziell stillgelegten Bauprojekte der Reaktorblöcke Shin-Hanul 3 und 4 wiederaufgenommen und die Laufzeiten von elf Atomkraftwerken, deren Lebensdauer zu Ende geht, verlängert würden.

2.2. Abkehr vom Atomausstieg, angepasste Geschwindigkeit bei der Ausweitung von erneuerbaren Energien

Die im März 2022 gewählte Regierung von Yoon Suk-yeol gab bei der Veröffentlichung ihrer „110 Aufgaben der Staatspolitik" bekannt, vom Atomausstieg abzukehren, das „Ökosystem der Atomkraftwerke" wiederherzustellen, sowie Schlüsselindustrien wie emissionsfreie Fahrzeuge, erneuerbare Energien, Wasserstoffindustrie und CO_2-Abscheidung, -Verwendung und -Lagerung (CCUS) zu fördern, um neue Zukunftsmärkte zu schaffen und in ihnen eine Führungsrolle einzunehmen. Konkret bedeutete dies bezüglich der Atomkraftwerke hauptsächlich die Wiederaufnahme des Baus der Reaktorblöcke Shin-Hanul 3 und 4 sowie die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken, deren Betriebsgenehmigungen ablaufen (bis 2030, 10 Reaktorblöcke). Darüber hinaus wurde beschlossen, durch das *Nuclear Energy Exports Strategy Committee* die Akquise von Aufträgen aus dem Ausland zu unterstützen und eine auf das jeweilige Zielland zugeschnittene Auftragsstrategie zu fördern.

Unter den Kohlekraftwerken sollten zwar bis 2030 20 Blöcke stillgelegt werden, die an das Ende ihrer Lebensdauer kommen (von aktuell 57 Kohlekraftwerkblöcken). Doch mit dem Argument, dass die Genehmigungen dafür bereits vorlägen, sollte der Bau von sieben Blöcken weiter fortgesetzt werden. Hinsichtlich der Investitionspolitik wurde vorgeschlagen, private Investitionen durch Weiterentwicklung des Emissionshandelssystems und die Einführung einer „K-Taxonomie" anzukurbeln.

Der dementsprechend im Januar 2023 erstellte „10. Rahmenplan für Stromangebot und -nachfrage" sieht vor, bis 2030 Strom zu 32,4 % aus Atomenergie, zu 19,7 % aus Kohle, zu 22,9 % aus LNG und zu 21,6 % aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Allerdings protestieren Einwohner von Busan und Ulsan heftig gegen das bereits laufende Verfahren zur Verlängerung der Lebensdauer des Atomkraftwerk-Blocks Kori 2. Denn es ist offensichtlich, dass dieses Verfahren auf undemokratische Weise durchgeführt wird und noch nicht einmal eine angemessene Sicherheitsbewertung stattgefunden hat. Darüber hinaus wird, obwohl es nach wie vor keine Möglichkeit und keinen Ort zur Entsorgung von hochradioaktivem Atommüll gibt, durch die Verlängerung der Lebensdauer und den Neubau von Atomkraftwerken der Atommüll nur noch weiter vermehrt. Die Verantwortung hierfür, der niemand gerecht werden kann, wird also nur in die Zukunft verschoben.

Andererseits sieht der 10. Rahmenplan für Stromangebot und -nachfrage keine vorzeitige Schließung von Kohlekraftwerken vor, was das deutlichste Signal für eine Reaktion auf die Klimakrise und die Reduzierung von Treibhausgasen gewesen wäre. Der Bau neuer Kohlekraftwerke wie z. B. in Samcheok soll laut dem Plan fortgesetzt werden.

2.3. Start der zweiten Kommission für CO_2-Neutralität

Im Oktober 2022 startete unter der Regierung von Yoon Suk-yeol die neue Kommission für CO_2-Neutralität und grünes Wachstum (*Presidential Commission on carbon neutrality and green growth*) ihre Arbeit. Bis März 2023 soll diese eine Roadmap zur Reduzierung von Treibhausgasen und einen nationalen Rahmenplan für CO_2-Neutralität und grünes Wachstum erstellen, welche

Reduktionsziele nach Sektor und Jahr sowie konkrete Strategien für die einzelnen Reduktionsmethoden umfassen. Die Regierung hat die Anzahl der zivilgesellschaftlichen Mitglieder der Kommission von 76 auf 32 reduziert, welche hauptsächlich Fachexperten verschiedener Bereiche sind. Auch die zuvor acht Unterausschüsse wurden in vier Ausschüsse integriert. Durch diese Umstrukturierung soll eine schnellere und effizientere Entscheidungsfindung ermöglicht werden.

Wichtige Punkte der von der Kommission angekündigten neuen politischen Ausrichtung sind Δ Harmonisierung von Atomenergie und erneuerbaren Energien, Δ Neugestaltung des Energiemixes z. B. durch Einführung neuer CO_2-freier Energiequellen, Δ Förderung der Energieeffizienzoptimierung durch Anwendung von IKT, Weiterentwicklung von Systemen, die auf Marktprinzipien basieren, Δ Etablierung einer Umsetzung der CO_2-Neutralitätsziele unter regionaler Federführung, z.B. durch regional zugeschnittene Strategien und Einrichtung von Unterstützungszentren und Δ schnelle Problemlösung durch ein ressortübergreifendes Fördersystem für ministeriumsübergreifende komplexe Aufgaben wie der Erteilung von Erlaubnissen und Genehmigungen.

Die ursprüngliche Strategie zur Erreichung der CO_2-Neutralität legte ihren Fokus darauf, unter anderem durch Etablierung einer öffentlich-privaten Governance und durch Gesetzgebung eine Grundlage für die Umsetzung der Strategie zu schaffen. Ihre Umsetzungsmöglichkeiten wurden jedoch als begrenzt bewertet, da nur wenig Zeit für Diskussionen gelassen wurde und daher nicht ausreichend mit Interessengruppen kommuniziert worden war. Das heißt, die Strategie wurde als eine bewertet, die die Interessen der betroffenen Branchen unzureichend berücksichtigte und auf einem Top-Down-Ansatz der Regierung basierte.

Insbesondere kündigte die derzeitige Regierung daher an, die Durchführbarkeit der Politik zu verbessern, und zwar durch eine vernünftige Reduzierung der Treibhausgasemissionen auf Grundlage eines ausgewogenen Energiemixes, welcher durch den Ausbau von Atomkraftwerken und deren harmonischer Kombination mit erneuerbaren Energien erzielt werden soll; den Aufbau eines transparenten und systematischen, fest etablierten Systems zur Kontrolle der Umsetzung; und eines gesamtstaatlichen integrierten Systems zur Unterstützung. Allerdings sind Begriffe wie „ausgewogener Energiemix" und „Durchführbarkeit" lediglich euphemistische Ausdrücke für eine auf Atomkraft basierende Energiepolitik.

3. Probleme und Kontroversen der südkoreanischen Klima- und Energiepolitik

3.1. Kontroverse über K-Taxonomie

Eine Taxonomie definiert den Umfang umweltverträglicher, nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten. Bei „K-Taxonomie" handelt es sich um eine koreanische Version der von der Europäischen Union erlassenen Grünen Taxonomie. Im ersten Entwurf der K-Taxonomie waren Atomkraftwerke ausgeschlossen, aber mit Antritt der Regierung von Yoon Suk-yeol wurde die Taxonomie überarbeitet und Atomkraft wieder aufgenommen. Die Kriterien in Bezug auf Atomkraftwerke sind lockerer als die der EU-Taxonomie. Einen Streitpunkt stellt der Zeitraum des Einsatzes von unfalltoleranten Brennstoffen dar: die EU-Taxonomie sieht den Einsatz ab 2025 vor, während die K-Taxonomie festlegt, dass bei einem „Atomkraftwerk-Neubau" unfalltolerante Brennstoffe sofort und bei „Weiterbetrieb" ab 2031 eingesetzt werden. Auch die Kriterien für Entsorgungsanlagen für radioaktive Abfälle sind umstritten. Die EU-Taxonomie fordert, bis 2050 detaillierte Pläne für den Betrieb von Entsorgungsanlagen für hochradioaktive Abfälle zu erstellen sowie über Anlagen zur Entsorgung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen zu verfügen. In der K-Taxonomie wird dagegen nur in vagen Worten die Verabschiedung eines Gesetzes, das die zeitnahe Sicherstellung von Entsorgungsanlagen für hochradioaktive Abfällen garantiert, erwähnt. Der aktuelle Plan der koreanischen Regierung für Anlagen zur Entsorgung hochradioaktiver Abfälle sieht vor, dass nach Auswahl eines Standorts für radioaktive Abfälle innerhalb von 37 Jahren die Anlage fertigzustellen ist. Daher würde eine Anlage erst im Jahr 2060 fertig werden, selbst wenn noch in diesem Jahr die Entscheidung für einen Standort fiele.

3.2. Protestschreiben der RE100

Als die Regierung von Yoon Suk-yeol die Wiederherstellung des „Ökosystems für Atomkraftwerke" als prioritäre Aufgabe festlegte und dabei das Ziel für erneuerbare Energien senkte' wurden von der südkoreanischen Branche für erneuerbare Energien und Umweltorganisationen, aber auch aus dem Ausland Bedenken und Kritik geäußert. Die gemeinnützige Organisation *Climate Group*, die der globalen Initiative RE100 vorsteht, schickte am 28. November 2022 im Namen des Exekutivdirektors Pierce ein Protestschreiben an Präsident Yoon Suk-yeol, in dem sie deutlich gegen die Herabsetzung des Ziels bezüglich erneuerbarer Energien durch die koreanische Regierung protestierte.

In dem Schreiben wurde hervorgehoben, dass die im Entwurf der koreanischen Regierung festgelegten Zielvorgaben für erneuerbare Energien bei weitem nicht ausreichen, um RE100-Unternehmen mit umweltfreundlichem Strom zu beliefern. Laut dem Schreiben gilt Südkorea unter RE100-Mitgliedsunternehmen als eines der Länder mit den schwierigsten Bedingungen zur Beschaffung erneuerbarer Energien, und die RE100-Mitgliedsunternehmen beziehen hier derzeit nur etwa 2 % ihres Stroms aus erneuerbaren Energien. Darüber hinaus wurde auch ausgeführt, dass 52 nicht-koreanische RE100-Unternehmen Niederlassungen in Korea haben, was eine höhere Nachfrage nach erneuerbaren Energien als erwartet bedeute.

3.3. Gerechter Übergang (Just transition)

Im „Rahmengesetz zu CO_2-Neutralität und grünem Wachstum (*Basic Law on Carbon Neutrality and Green Growth*)" gibt es den Begriff „gerechter Übergang (*Just Transition*)" sowie einige Artikel dazu, und auch die Regierung unter Yoon Suk-yeol erwähnt ihn als Element ihrer Politik. Jedoch ist damit vor allem die Förderung eines reibungslosen Übergangs für die Industrie und den Arbeitsmarkt gemeint. Zum Beispiel sollen Big Data wie Daten zu Neueinstellungen und Stellenwechseln nach Industriebranche dazu genutzt werden, ein Frühwarnsystem aufzubauen, das Ausbildungsmaßnahmen sowie Existenzgründungen im Klimabereich unterstützt. Dies entspricht den Bedingungen und Bedürfnissen vor Ort wenig. Die Regierung konzentriert sich auf den Ausbau der Trainingsinfrastruktur, z. B. durch Unterstützung von Arbeitnehmern in Krisenbranchen mit Bildungsprogrammen und Finanzstützen. Außer, dass bis 2030 von den Herstellern von Verbrennungsmotorteilen 1.200 Unternehmen in Teilehersteller für Automodelle der Zukunft umzuwandeln sind, gibt es sonst kaum weitere konkrete Ziele für einzelne Branchen.

3.4. Weitere voraussichtliche Streitpunkte

Erstens wird die Angemessenheit des Ziels zur Minderung der Treibhausgase weiterhin umstritten sein. Südkorea zeigt derzeit keine Erfolge bei der Umsetzung der eingereichten nationalen Klimabeiträge (NDC) und hat auf der COP27 auch keine neuen Ziele vorgelegt, die Rückschritte ausschließen und Ziele erhöhen. Bezüglich der nationalen Klimabeiträge bis 2030 laufen im Land derzeit mehrere Gerichtsverfahren (einschließlich Klimaklagen von Jugendlichen), so dass man mit einer anhaltenden Debatte zu diesem Thema rechnen kann.

Zweitens ist die Angemessenheit und Praktikabilität eines Energiemixes mit Schwerpunkt auf Atomenergie ein Problem. Die politische Grundausrichtung der Yoon-Regierung räumt der Wiederherstellung der Atomindustrie oberste Priorität ein, und sie hat daher den Anteil der Energie aus Atomkraftwerken willkürlich auf 30 % oder mehr festgelegt, während der Anteil der Energie aus anderen Quellen dem untergeordnet wurde. Es ist jedoch mit Schwierigkeiten in Bezug auf das Genehmigungsverfahren für den Bau der Reaktorblöcke Shin-Hanul 3 und 4, in Bezug auf Standards, Technologien und Kosten bei der Verlängerung der Lebensdauer alter Atomkraftwerke sowie mit dem Widerstand der Einwohner und lokalen Regierungen an betroffenen Standorten zu rechnen. Außerdem ist die Wahrscheinlichkeit, große Auslandsaufträge zu erhalten, nicht sehr hoch, obwohl die Existenz des Ökosystems für Atomkraftwerke von der Diversifizierung der Atomkraftwerksexporte abhängig ist. Auch der Widerstand der

betroffenen Branchen und RE100-Unternehmen gegen die Senkung der Ziele bei den erneuerbaren Energien sowie Probleme durch die Verzögerungen eines frühzeitigen Netzausbaus (Übertragungs- und Verteilungsnetz sowie Ersatzstrom) bleiben strittige Punkte.

Drittens gibt es noch Berge von ungelösten Aufgaben bei der Realisierung eines gerechten Übergangs (just transition), insbesondere bezüglich der Ausrichtung der Politik, dem Rechtssystem und der Einbeziehung der Interessenparteien. In der neuen Kommission für CO_2-Neutralität unter der Regierung Yoon Suk-yeol sind die Gewerkschaften sogar völlig ausgeschlossen. Die Beteiligung der Interessengruppen und Arbeitnehmerorganisationen der Regionen, für die der gerechte Übergang eine wichtige Aufgabe sein wird (zum Beispiel Kohleausstieg, Automobilindustrie mit Verbrennungsmotoren in Chungcheongnam-do), ist sehr schwach. Die politischen Maßnahmen und Gesetze der Regierung zum gerechten Übergang beschränken sich auf die Unterstützung von Unternehmen und die Vermittlung von Arbeitsplätzen. Es existieren keine mittel- bis langfristigen Pläne für die Erholung und Stärkung der Leistungsfähigkeit der lokalen Gesellschaft.

Viertens sind Fragen im Zusammenhang mit Energietarifen und -steuern weitere Streitpunkte. Es bedarf für die CO_2-Neutralität und Energiewende einer realistischen Gestaltung von Energietarifen und der Einführung neuer Steuern (CO_2-Steuer). Das staatliche Energieversorgungsunternehmen *Korea Electric Power Corporation* schreibt rote Zahlen, aber die Regierung erhöht lediglich als vorübergehende Notlösung in Anbetracht des Krieges in der Ukraine und der internationalen Energiepreise die Strompreise.

Fünftens ist eine Verbesserung der Governance zu Klima- und Umweltfragen notwendig. Bei der Zusammensetzung der Kommission für CO_2-Neutralität wurde unter der Regierung von Yoon Suk-yeol der Schwerpunkt auf Experten und die Industrie gelegt, weshalb die durch die Klimakrise direkt betroffenen Gruppen und verschiedene Bereiche der Gesellschaft nicht ausreichend vertreten sind. Gleichzeitig sind sich die Vorsitzenden der Kommission und das *Ministry of Trade, Industry and Energy* bezüglich der Erstellung des Rahmenplans für CO_2-Neutralität nicht einig, und es ist nach wie vor fraglich, ob die Unabhängigkeit der Kommission gewährleistet werden kann.

Sechstens verlaufen die Diskussionen über die Umstrukturierung von Regierungsministerien (z. B. Einrichtung eines Ministeriums für Klima und Energie) zur Gewährleistung einer konzertierten Behandlung der Bereiche Klima und Energie und der Bewältigung des Übergangs zunehmend im Sande. Die Sicherstellung der Kohärenz zwischen der Politik für CO_2-Neutralität und der Energiewende bleibt damit nach wie vor ungelöst.

4. Fragen und Antworten zur Klima- und Energiepolitik Südkoreas

4.1. Wie wird Klima-, Energie- und Umweltpolitik in Südkorea formuliert und implementiert? Wer ist dafür verantwortlich und wer sind die Hauptakteure?

Formal wird der Entwurf vom jeweils zuständigen Ministerium erstellt, für einzelne politische Aspekte sind jedoch verschiedene Stellen verantwortlich (z. B. für Energie das *Ministry of Trade, Industry and Energy*, für Treibhausgase das *Ministry of Environment*). Dies beeinträchtigt die Abstimmung. Wenn es sich um wichtige Maßnahmen handelt, an denen mehrere Akteure beteiligt sind, wird eine integrierte Task Force oder Arbeitsgruppe gebildet. Hier kommen Ministerien, Industrie und Zivilgesellschaft zusammen, in der Realität geben aber oft die wachstumsorientierten Ministerien und die Industrie die Richtung vor.

Es gibt viele staatliche und private Forschungsinstitute, die sich auf Energie- und Umweltpolitik spezialisiert haben und die von der Regierung gelegentlich beauftragt werden, Entwürfe für politische Maßnahmen oder Referenzmaterialien zu erstellen. Aber selbst in diesen Fällen wird tendenziell gefordert, die Schlussfolgerungen entlang einer bereits festgelegten politischen Richtung oder vorbestimmten Details zu ziehen. Tatsächlich könnte man sagen, dass die CO_2-Neutralitäts-Szenarien und -Strategien der

Präsidialen Kommission für CO_2-Neutralität entworfen wurden, indem das *Ministry of Trade, Industry and Energy* und das *Ministry of Economy and Finance* inoffiziell die Positionen großer Konzerne (z. B. Samsung, POSCO, Hyundai oder Doosan) im Vorfeld eruierten und berücksichtigten.

4.2. Wie beteiligen sich Lobbygruppen oder relevante Interessengruppen an der Politikformulierung? Wie versuchen sie, Einfluss auszuüben?

Mächtige Unternehmen und Interessengruppen üben ihren Einfluss ohne eine sichtbare Governance-Struktur aus. Unter der Regierung von Yoon Suk-yeol fällt die Lobbyarbeit und der Druck der Atomindustrie nicht so stark auf, da Personen aus ihren Reihen ohnehin Positionen in wichtigen Institutionen und Abteilungen zum Thema Energie besetzen oder politische Inhalte bereits ihre Sichtweisen und Forderungen widerspiegeln. Kleine und mittelständische Berufsorganisationen und -verbände versuchen, ihre entstandenen Schäden und ihre Forderungen durch Lobbyarbeit oder Briefe an Abgeordnete zu überwinden bzw. durchzusetzen. Es gibt zwar einige Abgeordnete und Leiter*innen von Forschungsinstituten, die aus der Zivilgesellschaft stammen, in einer politischen Struktur, in der der Präsident große Macht ausübt, ist es jedoch schwierig, autonome Sichtweisen und Aktivitäten zum Tragen zu bringen.

4.3. Welche Rolle spielen Zivilgesellschaft und Gewerkschaften in der Klima- und Energiepolitik? Welche Positionen vertreten sie?

Für die Zivilgesellschaft sind schon Bemühungen, Verschlechterungen zu verhindern, eine große Herausforderung (z. B. Erlassung eines Gesetzes zur vorzeitigen Schließung von Kohlekraftwerken oder Widerstand gegen das Sondergesetz für einen neuen Flughafen), von Forderungen nach notwendigen größeren Veränderungen ganz zu schweigen. Die Zivilgesellschaft konzentriert sich daher auf die Mobilisierung der Bürger/innen und die Information der breiten Öffentlichkeit zu Klimafragen durch Solidaritätsorganisationen wie der Initiative *Korea Climate Crisis Emergency Action*.

Die Gewerkschaften sind im Großen und Ganzen für die CO_2-Neutralität und einen gerechten Übergang (just transition). Da sich jedoch die Interessen und die Eingriffsfähigkeit in die Politik zwischen den gewerkschaftlichen Dachverbänden (*Korean Confederation of Trade Unions (KCTU), Federation of Korean Trade Unions (FKTU)*) und den Branchengewerkschaften (verarbeitendes Gewerbe, Energie, Öffentlicher Verkehr, Öffentlicher Dienst, private Dienstleistungen, Gesundheitswesen usw.) unterscheiden, gibt es auch signifikante Unterschiede in ihren Forderungen bezüglich einer Reaktion auf die Klimakrise. Seit 2019 wird das Thema Klimakrise von den Gewerkschaften, vor allem durch die Dachverbände und Branchengewerkschaften, als eine ihrer politischen Kernaufgaben aufgegriffen und es gibt zunehmend Beispiele von Verbesserungen des Rechtssystems (z. B. *Korean Metal Workers' Union* der KCTU, Kommission für einen demokratischen Wandel der Industrie), kollektiven Verhandlungen (Forderung nach einem Klimaschutz-Abkommen der *Korean Health and Medical Worker's Union*), internen Mitgliederschulungen u. ä..

4.4. Welche Bedeutung hat ein „gerechter Übergang" (just transition) in der Klima-, Energie- und Umweltpolitik in Südkorea?

Erst vor knapp drei Jahren hat das *Ministry of Employment and Labor* begonnen, die Klimakrise als ein Thema zu verstehen, das sein Ressort betrifft, und das *Ministry of Trade, Industry and Energy* steht erst am Anfang seiner Beschäftigung mit der Frage der CO_2-Neutralität. Selbst in der Strategie für CO_2-Neutralität sind staatliche Untersuchungen und Daten zu den Auswirkungen der Klimakrisen auf die Beschäftigung und regional erwarteten negativen Auswirkungen noch unzureichend enthalten. Es braucht

noch Zeit, um das Paradigma der koreanischen Regierungspolitik zu ändern, welches sich auf kapital- und unternehmensorientierte Förder- und Wachstumsstrategien konzentriert.

Dass der gerechte Übergang (just transition) in nationale Gesetze Eingang fand und relevante politische Maßnahmen verabschiedet wurden, ist jedoch keine geringfügige Veränderung. Da auch bei der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen ein Forum für einen gerechten Übergang ins Leben gerufen wurde, existiert nun eine Grundlage und Begründung dafür, dass sich die koreanische Regierung – wenn auch mehr oder weniger passiv - für einen gerechten Übergang einsetzen muss, und je nach Nutzung dieser Grundlage sowie Druck durch die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft gibt es hier Potenzial. Allerdings sind dafür Forderungen aus dem Inland und von regionaler/sektoraler Seite nach politischen Maßnahmen und Programmen für einen gerechten Übergang erforderlich, wofür das Kennenlernen vieler aktueller Fallstudien aus anderen Ländern (wie Deutschland) hilfreich sein wird.

5. Einstellung der Bürger/innen und Unternehmen

Laut einer Umfrage von Gallup Korea in rund 40 Ländern einschließlich Korea über die Wahrnehmung des Klimawandels und der Nachhaltigkeit, die im Februar 2022 veröffentlicht wurde, hielten 86 % der Befragten in 39 Ländern die globale Erwärmung für eine ernsthafte Bedrohung für die Menschheit. Im Vergleich dazu lag die Zustimmungsrate zu dieser Frage bei den koreanischen Befragten mit 93 % höher. Auch die Ansicht, dass die Zunahme von Naturkatastrophen auf die globale Erwärmung zurückzuführen ist, wurde unter den Koreanern (84 %) stärker vertreten als bei den Befragten anderer Länder (81 %).

Eine Umfrage über das Bewusstsein des Klimawandels, deren Ergebnis die koreanische Zeitung *Segye Ilbo* im Juli 2019 veröffentlichte, zeigte jedoch, dass Koreaner stark dazu neigen, „die Ernsthaftigkeit des Klimawandels einzusehen, sich aber eine spätere Lösung zu wünschen." Acht bis neun von zehn Koreanern halten nämlich den Klimawandel für ernst, wollen aber, dass man sich vorerst auf Herausforderungen wie Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit konzentriert und den Klimawandel als langfristige Aufgabe belässt. Auf die Frage, welche von acht Aufgaben der Gesellschaft wie Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum und Klimawandel zu den „vorrangigen Aufgaben gehören, die innerhalb eines Jahres gelöst werden müssen", belegte das Wirtschaftswachstum mit großem Abstand den Spitzenplatz. An zweiter Stelle kam die Arbeitslosigkeit, gefolgt von der niedrigen Geburtenrate und der Alterung der Gesellschaft, der Kluft zwischen Arm und Reich und den innerkoreanischen Beziehungen. Der Klimawandel landete zusammen mit den Geschlechter- und Generationenkonflikten ganz unten. Unter den „Aufgaben, die innerhalb von 10 Jahren zu lösen sind", nahm der Klimawandel aber den dritten Platz ein. Wenn man den Zeitraum auf 30 Jahre verlängerte, belegte er mit einem Unterschied von 0,4 Prozentpunkten den zweiten Platz hinter der niedrigen Geburtenrate und der Alterung der Gesellschaft.

Die Meinung, dass der Ausbau von Atomkraftwerken zur Verhinderung des Klimawandels notwendig ist, wird in Südkorea allgemein genauso stark unterstützt wie bestritten. Bei einem Bau von Atomkraftwerken oder Anlagen für die Entsorgung radioaktiver Abfälle in der eigenen Nachbarschaft ist der Widerstand der Koreaner jedoch sehr groß. Außerdem gibt es viele Menschen, die bereit sind, für die Energiewende und Überwindung des Klimawandels mehr für Energie auszugeben, aber es besteht großer Widerstand gegen ein als ungerecht empfundenes Aufbürden von hohen Belastungen.

Die Haltung koreanischer Unternehmen zu Klima- und Umweltfragen ist ambivalent. Wenn man sich aktuelle Fernsehwerbespots in Korea anschaut, ist festzustellen, dass fast alle großen Unternehmen mit „CO_2-Neutralität" werben. Einige werben damit, dass sie sich ernsthaft mit der Reduzierung von Kohlenstoffemissionen befassen und über die notwendigen Technologien und Produkte verfügen. In vielen Fällen handelt es sich dabei jedoch um „Greenwashing", also um Werbung mit scheinbar existierenden Technologien und Produkten, die tatsächlich aber noch in der Entwicklung sind und noch nicht eingesetzt werden. Das heißt, den meisten Unternehmen sind der Wandel des externen Umfelds und die Herausforderungen des Klimawandels und der CO_2-Neutralität bewusst, aber sie wollen derzeit noch ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten, indem sie so lange wie möglich billige

fossile Brennstoffe und Atomenergie nutzen.

Die wichtigsten Unternehmen Südkoreas, die große Emissionen verursachen, bemühen sich jedoch trotz der lauwarmen Klimapolitik der Regierung freiwillig um eine Emissionsreduzierung. Beispielsweise verlagerte die Hyundai Motor Company ihren Geschäftsschwerpunkt auf Elektrofahrzeuge und Batterietechnologie und erweitert ihre Präsenz in den USA. Im September 2022 nahmen insgesamt 137 koreanische Unternehmen an der Initiative RE100 teil, darunter Hyundai, Samsung Electronics, SK, Naver, Amorepacific, KB, Mirae Asset und Lotte.

Es ist auch wahr, dass in vielen großen Unternehmen bislang Geschäfte mit fossiler Energie sowie Produkte, die große Mengen an Treibhausgasen emittieren, als riesige Einnahmequellen dienen und deren Anteil überwiegt, gleichzeitig aber auch Geschäfte und Produkte in Bezug auf die Energiewende und -effizienz entwickelt und ausgebaut werden. Doosan Enerbility stellt bislang wichtige Teile für Kohlekraftwerke und Atomkraftwerke her, verfügt aber auch über Technologien für Windkraftanlagen und hocheffiziente Energieinfrastrukturen und erhöht den Anteil der Geschäfte in diesem Bereich.

Letztendlich könnten die Unternehmen, je nach den Bedingungen des in- und ausländischen Marktes und der Ausrichtung der Regierungspolitik, in ihrem Management entweder aktiver auf CO_2-Neutralität und Umweltschutz setzen oder auf das Gegenteil. Daher ist es schade, dass den Unternehmen durch Energiepolitik, Tarife, Steuern und Richtlinien der Regierung keine angemessenen Anreize und Signale gegeben werden.

6. Kurzer Vergleich mit Deutschland

Korea und Deutschland haben zwar eine sehr unterschiedliche Geschichte, weisen aber viele Ähnlichkeiten auf: Sie teilen die Erfahrung der Teilung, sind Wirtschaften mit einem hohen Anteil an Exporten und an verarbeitendem Gewerbe, besitzen eine ähnliche Land- und Bevölkerungsgröße und begrenzte, knappe Energieressourcen. Die Erfahrungen Deutschlands, das früher als Korea begonnen hat, auf die Energiewende und den Klimawandel zu reagieren, können auch in Zukunft Korea wichtige Anhaltspunkte liefern.

Ein erster wichtiger Punkt ist der Unterschied bei der Einheitlichkeit und Kontinuität der Energiepolitik. Wie bekannt ist, hat die deutsche Bundesregierung nach der Ölkrise in den 1970er Jahren umfangreiche Diskussionen und Forschungen für den Ausstieg aus fossiler Energie und Atomkraftwerken geführt, und der Konsens über den Atomausstieg hat trotz Regierungswechsel Bestand. Zwar hat der jüngste Krieg in der Ukraine die Energiewende in eine Krise gestürzt, aber es gibt keine umfassenden Änderungen, außer, dass eine kleine Anzahl von Kohlekraft- und Atomkraftwerken als Reserve beibehalten werden. Es ist also notwendig, die Unterschiede in den rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen zu untersuchen, die eine mit der Klimapolitik integrierte und kontinuierliche Energiepolitik ermöglichen.

Ein zweiter Punkt ist der Aspekt der Governance. Die deutsche „Kohlekommission" legte für den vollständigen Kohleausstieg bis 2038 das Ergebnis eingehender Prüfungen verschiedener Themen vor, bei der wichtige Interessengruppen beteiligt waren. Deutschland verfügt auch über die Erfahrung mit dem Atomkonsens und der Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung sowie über die Tradition, über wichtige Fragen der Industrie durch „Mitbestimmung" von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu entscheiden. Im Gegensatz dazu ist die Klima-Energie-Governance Südkoreas sehr schwach und oberflächlich, und Interessengruppen und Leidtragende sind nur unzureichend vertreten.

<Literaturverzeichnis>

Gemeinsames Statement der Solidaritätsgruppe aus elf Bürger-, Gesellschafts- und Umweltorganisationen für eine Pressekonferenz, 2022, *Wir fordern die komplette Erneuerung des Entwurfs des „10. Rahmenplans für Stromangebot und -nachfrage", der einen erhöhten Anteil an nuklearer und fossiler Stromerzeugung enthält!* (28.11.2022)

Beteiligte Ministerien, 2021, *Entwurf der Szenarien zur Erreichung der CO_2-Neutralität* (18.10.2021)

Beteiligte Ministerien, 2022, *Strategie für CO_2-Neutralität und grünes Wachstum* (26.10.2022)

Ministry of Trade, Industry and Energy, 2022, Pressemitteilung (26.10.2022) *Yoons Regierung veröffentlicht Vision und Strategie für CO_2-Neutralität und grünes Wachstum*

Ministry of Trade, Industry and Energy, 2023, *10. Rahmenplan für Stromangebot und -nachfrage (2022-2036)*

Übergangskomitee des designierten 20. Präsidenten Südkoreas, *Die 110 Staatsaufgaben der Regierung unter Yoon Suk-yeol*

Ministry of Environment, 2021, *Richtlinie über das koreanische grüne Klassifizierungssystem (K-Taxonomie)*

Über den Autor:

Hyun-woo Kim hat bei Korea Labor & Society Institute und in den Parteien Democratic Labor Party und New Progressive Party gearbeitet. Zehn Jahre Forschung am Energy & Climate Policy Institute zu den Themen „gerechter Übergang(Just Transition)“ und „Energiedemokratie“. Derzeit Vorsitzender der Zeitung No Nukes News, und im Bereich Bildung zur Aufklärung über den Klimawandel und der Forschung zu „Degrowth“ aktiv.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Impressum
© 2023 Friedrich-Ebert-Stiftung, Korea Office
5F, 49, Donhwamun-ro, Jongno-gu, Seoul, Südkorea

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion:
Henning Effner
Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Korea

t: +82 (0) 2-745-2648
f: +82 (0) 2-745-6684
w: korea.fes.de
e: info.korea@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) is the oldest political foundation in Germany. Founded in 1925, FES is named after Friedrich Ebert, the first democratically elected president of Germany.

FES has established its office in Korea in the late 1960s. The work of FES in Korea aims at sharing the experiences of German unification, initiating dialogues between Germany/Europe and Korea on the socio-economic justice, and strengthening participatory democracy as well as civil liberties.

EFQM
Committed to excellence